

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner-Verlag: Redaktion Dresden
Hauptredaktion: Postfach 10011
Vertrieb: Postfach 10011

Bezugspreis bei täglich zweifacher Lieferung monatlich 3,30 RM. (einschließlich 10 % USt. für Kolonialgebiete), bei wöchentlich zweifacher Lieferung monatlich 2,20 RM. (einschließlich 10 % USt. für Kolonialgebiete) bei 7 mal wöchentlich zweifacher Lieferung monatlich 1,10 RM. (einschließlich 10 % USt. für Kolonialgebiete). Die einseitige Kündigung ist nur bei 30 Tagen vorher möglich. Die einseitige Kündigung ist nur bei 30 Tagen vorher möglich. Die einseitige Kündigung ist nur bei 30 Tagen vorher möglich.

Dresdner-Verlag: Redaktion Dresden
Hauptredaktion: Postfach 10011
Vertrieb: Postfach 10011

Am die Seeherrschaft im Mittelmeer Neue Vorschläge Frankreichs an Italien

London, 21. März. Dem diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“ zufolge ist ein neuer Versuch im Gange, eine französisch-italienische Vereinbarung über die beiderseitigen Kriegsschiffe zu erreichen. Wie verlautet, habe die französische Regierung eine neue Formel aufgestellt, um Italiens Anspruch auf Parität mit Frankreich zu befriedigen. Es werde zwar nicht absolute, wohl aber „Mitte-Meer“-Parität angeboten, d. h. Frankreich sei bereit, sich zu verpflichten, im Mittelmeer Seestreitkräfte von höchstens der Stärke der italienischen zu unterhalten.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ erzählt, daß die Zustimmung der italienischen Regierung zu der neuen von Paris entworfenen Formel keineswegs ohne weiteres zu erwarten sei. Italien würde sich wahrscheinlich mit der vorgeschlagenen gleichen Stärke der beiderseitigen im Mittelmeer stationierten Seestreitkräfte und auch mit zusätzlichen besonderen Kolonialgeschwadern für den Schutz der französischen Kolonien im Pazifischen Ozean und in anderen Gegenden einverstanden erklären.

Vorausgesetzt, daß diese Flottenteile nicht aus neuesten und modernsten Schiffstypen bestehen.

Alle Wahrscheinlichkeit nach werde Italien aber Einwendungen gegen die Forderung Frankreichs nach Sondergeschwadern im Atlantik und in der Nordsee erheben, die mindestens ebenso stark sein sollen, wie die Flotte, die Deutschland im Vertrag von Versailles erhalten worden ist, denn es würde Frankreich leicht sein, diese Geschwader einschließlich der neuen Schiffe, die als Antwort auf die neuen deutschen Panzerschiffe gebaut werden, nach dem Mittelmeer zu verlegen, so daß dann die italienische Flotte zahlenmäßig unterlegen wäre.

Aus dem erwähnten neuen Flottenvorschlag Frankreichs und den daran fürzlich von der „Morning Post“ und jetzt vom „Daily Telegraph“ getauften Betrachtungen ergibt sich mit aller Deutlichkeit, warum Frankreich vor einiger Zeit so lauwarm den Bau der Panzerschiffe der „Deutschland“-Klasse als dringende „Sache“ verkündet hat. Diese ganze Sache vollkommene schlagende Propaganda richtet sich im Grunde gar nicht so sehr gegen Deutschland und seinen geringfügigen Kriegsschiffbau, sondern ist vielmehr Mittel zum Zweck, die französische Stellung in den Flottenverhandlungen mit Italien zu verbessern.

Tardieu verdächtiger Donauplan

London, 21. März. In einem Leitartikel über Tardieus Donauplan bedauert „Times“, daß die französische Delegation in einer Weise vorgelegt wurde, die sie Deutschland, dessen Mitarbeit unentbehrlich sei, verächtlich machen muß. Deutschland verbräue unter normalen Umständen den größten Teil des Beizens der Donau-Ebenen. Deutschland und Delle reich seien durch Bande des Handels, der Politik und der Rasse eng verknüpft. Deutschland und die Tschechoslowakei seien einander unentbehrliche Runden. Es sei eine bedauerliche Unterschätzungsbehandlung gewesen, daß die Delegation in erster Linie nur Großbritannien und Italien und erst nachträglich Deutschland mitgeteilt wurde. Politische Erwägungen bei einem der zentral-europäischen Staaten berührenden Plane völlig auszuscheiden, sei wahrscheinlich unmöglich; aber England könne seine politische Hilfe nur für einen Plan bieten, der auf gesundem wirtschaftlichen und finanziellen Erwägungen beruhe und der keinem vorbedachten politischen Zweck diene.

Bischof Dr. Schreiber über die Hitler-Bewegung

Paris, 21. März. Der Berliner Bischof Dr. Schreiber gemahnte einem Vertreter des „Petit Journal“ eine längere Unterredung, in deren Verlauf er sich sowohl über die nationalsozialistische Bewegung wie auch über die deutsch-französischen und deutsch-polnischen Beziehungen äußerte. Die Hitlerbewegung, so erklärte der Bischof, sei aus dem Glend und der Unzufriedenheit eines großen Teiles des deutschen Volkes entstanden.

Er glaube jedoch nicht, daß diese Bewegung für die internationalen Beziehungen eine derartige Gefahr darstelle.

wie es dies vielleicht den Anschein haben könne. Er halte die ganze Bewegung vielmehr für eine Episode von mehr oder weniger langer Dauer. Wenn auch im Augenblick noch nicht die Rede davon sein könne, daß sie ihren Höhepunkt erreicht habe, so sei er doch der Auffassung, daß sie recht bald aufhören werde. Was die in Frankreich über den Nationalsozialismus und seine Ziele verbreitete Auffassung angehe, so halte er sie für stark übertrieben. Das Programm der Partei sei an und für sich sehr unklar. Es handele sich aber hauptsächlich um eine Aenderung des Regierungssystems in Deutschland, und der Krieg bilde keinen Bestandteil dieses Programms.

Die Klage Hitlers gegen Preußen

München, 21. März. Wie die N.Z. mitteilt, hat der Rechtsanwalt Frank II namens des Führers der NSDAP, Adolf Hitler, beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich Klage mit Antrag auf Eröffnung einer einstweiligen Verfügung eingereicht gegen den Freistaat Preußen und den preussischen Innenminister Seeverig. Es wird beantragt, zu erkennen, daß die preussische Polizeistrafaktion gegen die NSDAP und die Beschlagnahme von urkundlichem Material gegen die Reichsverfassung verstoßen. Ferner wird in dem Antrag eine Entscheidung dahingehend gefordert, daß alle Maßnahmen der preussischen Staatsregierung, durch die den preussischen Staatsbeamten die Inachthaltung zur NSDAP, sowie die Betätigung für die NSDAP verboten wurden, mit der Verfassung unvereinbar seien. Endlich soll die preussische Staatsregierung verpflichtet werden, die von der Partei beanstandeten Maßnahmen und Verfügungen unverzüglich nach Erlass des Urteils des Staatsgerichtshofes mit rückwirkender Kraft aufzuheben und alle Dienstleistungen und Eröffnungen von Dienstverhältnissen anzuhängen oder rückgängig zu machen. Es wird grundsätzlich der Beweis dafür angeboten, daß alle Versuche, die Legalität der NSDAP, oder ihrer Führer anzuzweifeln, an der einwandfrei grundlegend erhärteten und organisierten, gesicherten beweisbaren Legalität des Vorgehens der NSDAP, und ihrer Führer scheitern müßten. Im Wege der einstweiligen Verfügung soll alles beschlagnahmte Material aus der Polizeistation wieder zur Herausgabe gelangen.

Noch eine Klage gegen den sächsischen Staat

Dresden, 21. März. Bekanntlich hatte der Landesbund Sachsen im Deutschen Beamtenbund mit dem ihm angeschlossenen Gewerkschaften Klage beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich gegen den sächsischen Staat erhoben, in der er die Rotverordnungen des Reichs und Sachsens, soweit sie die Beamtenrechte betreffen, anfechtet. Jetzt haben drei Mitglieder des Landesverbandes der höheren Beamten Sachsen Klage gegen den sächsischen Staat und die Stadt Dresden beim Dresdner Landgericht eingereicht. Diese Klagen wenden sich gegen alle wesentlichen Ordnungsmaßnahmen, die auf den Rotverordnungen des Reichspräsidenten, der sächsischen Sparverordnung und der entsprechenden Regelung der Städte beruhen. Eine vollständige Klärung dieser Streitfrage ist nicht sowohl durch das Zivilgericht als auch durch den Staatsgerichtshof zu erwarten.

Eine Stadt Konkurs

Dresdner, 21. März. Die Sächsische Bodenredit-Aktienbank hat beim Amtsgericht in Radebeul an der Ober Klage auf Konkursöffnung über die Stadt Radebeul gestellt. Das Amtsgericht hat den Rechtsanwalt Habel-Stein zum Konkursverwalter bestellt. Die Verschuldung soll sich auf 400 000 Mark belaufen. Gläubiger sind neben dem Staat zum größten Teile Dresdener Banken.

Flugzeug gegen Starkstromleitung - 7 Tote

New York, 21. März. In Redlands in Kalifornien ist das Verkehrsflugzeug, das den Dienst von Los Angeles nach Phoenix verriet, im Nebel gegen eine Starkstromleitung geflogen. Es stürzte in einen Dschungel. Dabei explodierte der Benzintank. Der Flugzeugführer und die sechs Passagiere sind bis zur Unkenntlichkeit verbrannt.

Es gärt in Brasilien

Berlin, 21. März. Nach einer Meldung aus Montevideo hebt Brasilien vor schweren inneren Auseinandersetzungen. Der brasilianische Staat Rio Grande do Sul hat die politischen Beziehungen zu Vargas, dem Präsidenten von Brasilien, abgebrochen. Sao Paulo, einer der wirtschaftlich mächtigsten Staaten Brasiliens, ist im Begriff, sich diesem Vorgehen anzuschließen.

Große Falschgeldfabrik ausgehoben

Für acht Millionen Mark falsche Hundertmarkscheine

Berlin, 21. März. In Stuttgart wurde am Sonntag eine Falschgeldfabrik ausgehoben. Wäher sind sechs Verhaftungen vorgenommen worden. Hauptbeteiligter ist ein Kaufmann namens Schröder, der erst vor zwei Monaten aus Südamerika zurückgekehrt ist. Schröder hatte sich in der Reichsdruckerei eine Werkstätte mit vielen Maschinen eingerichtet, in der

zwei Lithographen Tag und Nacht mit der Herstellung von falschen Hundertmarkbanknoten beschäftigt waren. Durch einen Streik mit seinem Hauswirt, dem die geheimnisvolle ununterbrochene Tätigkeit in der Werkstätte nicht ganz gebührend war, wurde die Sache der Polizei gemeldet. Diese fand Falschgeldscheine im Rennwert von zusammen 1 1/2 Millionen Mark. Die Scheine stellen eine verborgene gute Nachahmung der echten Hundertmarknoten dar.

Indesamt sollen etwa für 8 Millionen Mark falsches Geld hergestellt worden sein.

In der Nacht zum Montag soll noch eine Filiale dieser Falschgeldfabrik ausgehoben werden. Diese Filiale soll sich in Süddeutschland befinden, jedoch wird der Ort von der Polizei noch geheimgehalten. Außerdem stehen noch weitere Verhaftungen in der Sache bevor.

Verbesserungen am „Graf Zeppelin“

Friedrichshafen, 21. März. Zum Start des „Graf Zeppelin“ wird noch gemeldet: Drei Neuerungen am Luftschiff fallen auf. Die an der Nasenspitze bisher befindlichen

Erob Kleingehalts geschenkte Anzüge

W.V. Direktor Vrolat als Zeuge im Klareprozess

Berlin, 21. März. In der heutigen Verhandlung des Klareprozesses — es ist der 75. Verhandlungstag — wurde der Direktor der W.V., Vrolat, vernommen. Auf Fragen des Vorsitzenden sagte Direktor Vrolat, daß er sich mit allen drei Brüdern Klare gebüht habe, daß sie Einladungen ausgetauscht und miteinander Kontakt gesucht hätten.

Der Vorsitzende ging dann auf die Garderoben-Lieferungen ein. Vrolat erklärte, daß er seit Ende 1928 für sich und zum Teil für seine Familie durch die Klare-Kleiderfabrik bezogen habe. Der Vorsitzende hielt Direktor Vrolat vor, daß nach den Kontoständen der Klare-Kleiderfabrik Anzüge, Mäntel usw. nur mit Beiträgen von 75 bis 100 Mark berechnet waren, während bei anderen der Preis überhand nahm. Vrolat räumte ein, da er bei den Klare mit der Fabrik etwas in Verbindung gerieten ist. Vorsitzender: Sie bekommen doch ein Gehalt von 72 000 Mark. Damit kann man doch Kleiderbestellungen bezahlen.

Brenngasellen sind ausgebaut und durch Traggaszellen ersetzt. Das Schiff trägt dadurch etwa 1500 Kilogramm mehr. Jede Passagierkabine hat ein Fenster zum Decken erhalten. Die Kabinen ruht beim Aus- und Einfallen auf einem Hauben-Gondelwagen, der sich auf einem Schienenfeld bewegt. Voranstrich wird der französische Kolonialplatz Dakar an der westafrikanischen Küste angekauft werden, ohne daß eine Landung vorgesehen ist, um die Möglichkeit einer Postübernahme dort festzustellen. Die Verhandlungen des Luftschiffes „Zeppelin“ mit der französischen Aero Postale wegen gemeinsamer Herbeiführung der Südamerikapost sind inzwischen gut fortgeschritten.

Viele Zuschauer hatten sich trotz der mittelmäßigen Stunde am Westgelände eingefunden, um dem Luftschiff, seinen Fahrgästen und Besatzungsangehörigen Abschied zu winken und eine glückliche Weiterfahrt zu wünschen. Temperaturerwartungen schätzten sich möglichst viel Interessanten in Wort und Bild festhalten.

In der Nacht zum Sonntag hatte sich der Münchener Luftgewerkschafter Hermann von Augsburg in die Luftschiffhalle eingeschlichen, in der Absicht, mit dem „Graf Zeppelin“ nach Südamerika zu fahren. Er wurde aber vom Wachwächter entdeckt und der Polizei übergeben.

Wie die Hamburg-Amerika-Linie mitteilt, hat das Luftschiff am Montag 7 Uhr MEZ bei Barcelona die Nordküste Spaniens überflogen.

Die deutschen Ballonflieger festgehalten

Dalle, 21. März. Die beiden Ballonflieger Schöbe und Sudszor, die mit dem Ballon „Erich Brandenburg“ nach gelungener Höhenfahrt in Feldberg (Tschechoslowakei) gelandet waren, haben die Heimreise noch nicht antreten können, da die Behörden sie noch festhalten. Wie verlautet, sollen erst die Weisungen aus Prag abgewartet werden.

Vrolat: Ich habe doch mein Gehalt vierteljährlich bekommen. Vorsitzender: Dann bleiben aber immer noch für den Monat 5000 bis 6000 Mark. Vrolat: Da gingen doch auch die Steuern ab. Vorsitzender: Was haben Sie sich dabei gedacht, daß Ihnen die Klare 100 Mark pro Anzug schenken? Vrolat: Sie haben doch von mir keine Vorteile gehabt. Vorsitzender: Aber Sie, das ist viel schlimmer.

Nach Schluß der Vernehmung Vrolats stellte der Staatsanwalt den Antrag, den Zeugen nicht zu verurteilen. Die Rolle Vrolats sei sehr bedenklich, und es müsse, wenn auch nicht in diesem Verfahren, die Frage geprüft werden, ob Vrolat sich nicht der passiven Beteiligung schuldig gemacht habe, weil er von den Klare's Kleidung bezog und ihnen die Lieferungen für die Straßenbahn zusammen ließ.

Oberrieden auch im Rundfunk. Wie wir hören, ist auch im Rundfunk ein gewisser Oberrieden eingetreten. Dort werden parteipolitische Vorträge in der Diergelt nicht stattfinden.